



Positionspapier

Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Ennepe-Ruhr-Kreis zur Europawahl am 9. Juni 2024 bezogen auf Migration und Integration in einem offenen, vielfältigen und krisenfesten Europa der Zukunft.

Wir fordern für ein faires und gerechtes Europa

- Die rasche Umsetzung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), damit möglich einheitlich und verbindlich Zuwanderung nach Europa geregelt wird.
- Das neue Migrations- und Asylpaket soll dabei ein gerechtes und funktionierendes Asylsystem schaffen, welches sowohl für Schutzsuchende als auch für alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen gilt.
- Die Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie das primäre EU-Recht, inklusive der EU-Charta der Grundrechte sind für uns absolute Mindeststandards zur Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte.
- Die Umsetzung in allen Mitgliedsstaaten liegt uns am Herzen. Gegen Rechtsverletzungen, wie z. B. Push-Backs an den Grenzen muss strikt vorgegangen werden, soweit darüber Erkenntnisse vorliegen.
- Zudem müssen den Mitgliedsstaaten finanzielle Hilfestellungen gewährt werden, die diese in die Lage versetzen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten müssen zur besseren Vorsorge der Schutzbedürftigen krisenfest ausgestaltet werden.
- Die Erfahrungen aus der Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine sollen bei der Ausgestaltung des GEAS Berücksichtigung finden. Als Wohlfahrtsverbände halten wir unterschiedliche Standards bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aufgrund der Herkunftsländer für eine untragbare Ungleichbehandlung.
- Abkommen mit Ländern, die gegen Menschenrechte verstoßen und den Schutz von Geflüchteten nicht gewähren, sind aus unserer Sicht abzulehnen.
- Sichere und alternative Zugangswege in die EU müssen kontinuierlich ausgebaut werden. Dies kann dazu beitragen, dass sich weniger Menschen auf gefährliche Fluchtwege begeben. Zeitgleich muss der Zugang zu individuellem Schutz, siehe Recht auf Asyl, sichergestellt sein.
- Generell ist in allen Ländern der EU eine rasche Inklusion der Geflüchteten zu gewähren. Nur so können Menschen dauerhaft ein lebenswertes Dasein in den Aufnahmegesellschaften führen. Hierzu gehört auch der uneingeschränkte Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und zum Arbeitsmarkt.
- Zuwanderung muss innerhalb der EU als Chance der Zukunftsgestaltung verstanden werden.
- Die Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen, ob als Unionsbürger*innen oder aus Drittstaaten muss bekämpft werden – dazu gehört der Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung.